

PROTOKOLL

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration
am Donnerstag, den 01.06.2017,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: SJFSul/002/2017
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Heiko Christian Grube

Mitglied CDU-Fraktion

Karl-Heinz Gerling
Thomas Schulke
Malte Stakowski
Herla Wendelin-Feindt

Mitglied SPD-Fraktion

Jutta Dettmann
Mathias Otto
Erich Walkenhorst

ab 20:20 Uhr
Vertretung für Frau Kattner-Tschorn

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

Vetretung für Frau Thöle-Ehlhardt

Mitglied DIE LINKE

Herbert Linnemann-Grundmann

Hinzugewählte

Christine Henseler
Ingrid Holze
Timo Käthner
Manfred Lindemann
Katja Schulte
Elias Stieve-Dawe
Stefanie Tigler
Conrad Tönsing

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
StAR Klaus-Peter Kugler
StOAR Karl-Wilhelm Möller
Stadtjugendpflegerin Tanja Werges

ProtokollführerIn

Stl Katharina Stobbe

Gäste

Gast/Gäste

Tim Wesselmann, Jugendzentrum, zu TOP 8
Ursula Thöle Ehlhardt, Netzwerk,
Jugendhaus Buer, zu TOP 9

Zuhörer

Presse
Zuhörer

Michael Hengehold
ca. 30 Personen

Abwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Karin Kattner-Tschorn

Mitglied UWG-Fraktion

Ursula Thöle-Ehlhardt

Hinzugewählte

Jan Meyer
Axel Pohnke

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Verpflichtung der hinzugewählten Ausschussmitglieder
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 13.02.2017
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 7 Vorstellung Stadtjugendring Melle e.V.
- TOP 8 Konzept der Jugendarbeit
Vorlage: 2017/0120
- TOP 9 Antrag Netzwerk Jugendhaus Buer e.V.
Vorlage: 2017/0118
- TOP 10 Schüler in die Kommunalpolitik
Vorlage: 2017/0121
- TOP 11 Sozialbericht der Stadt Melle für 2016
Vorlage: 2017/0130
- TOP 12 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, sowie die Zuhörer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 3 Verpflichtung der hinzugewählten Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende verpflichtet die hinzugewählten Ausschussmitglieder, sowie deren anwesenden Vertreter per Handschlag.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Bärbel Meier, Vorsitzende des Jugendpavillons Neuenkirchen, sei unglücklich über die Lage der Offenen Jugendarbeit im Jugendpavillon in Neuenkirchen, weil sie sich um die Zukunft der Mitarbeiter und des Vorstands Sorge. Die heutige Vorlage enthalte ihrer Meinung nach zwar positive Aspekte, aber auch negative.

Heike Schrader, die stellvertretende Vorsitzende des Netzwerks Jugendhaus Buer, bemängelt die Lage dieses Tagesordnungspunktes, da sie ebenfalls kritische Anmerkungen zu den Vorlagen hinsichtlich der Jugendarbeit habe.

Vorsitzender nimmt die Befürchtungen zur Kenntnis und bietet an, auch während der späteren Tagesordnungspunkte Wortmeldungen entgegenzunehmen.

Birgit Meyer, didaktische Leiterin der Lindenschule Buer, informiert, dass sie für die Ganztagsgestaltung der Schule zuständig sei, viele Kooperationspartner dafür benötige und vor allem die Mitarbeiter des Jugendwagens sehr engagiert in der Schule seien. Sie fragt, ob die Mitarbeiter in Zukunft weiter auch vor Ort / in der Schule arbeiten werden.

Erster Stadtrat weist darauf hin, dass am heutigen Tage nicht die Vereinsauflösung zur Debatte stehe, sondern lediglich ein Konzept über die Trägerschaft der Jugendarbeit zur Diskussion gestellt werde.

Elisabeth Hegmanns aus Buer, Patin einer syrischen Familie, teilt mit, dass auch sehr viel Integrationsarbeit vom Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. getragen werde. Sie habe die Befürchtung, wenn es Kürzungen beim Personal gibt, dass die gute Arbeit so weiter nicht fortgesetzt werden könne.

Eine Schülerin der 7. Klasse äußert ebenfalls die Sorge, dass der Jugendwagen künftig die Flüchtlingsarbeit nicht mehr übernehmen könne.

Maik Bolduan habe die Jugendmaßnahmen begleitet und erkundigt sich, warum der Jugendpavillon Neuenkirchen und das Netzwerk Jugendhaus Buer nicht bei der

Konzepterstellung eingebunden wurden. Er stellt die Frage, ob darüber nachgedacht wurde, wo die Räumlichkeiten sein werden oder ob davon ausgegangen werde, dass diese selbständig vom Verein getragen werden. Ohne die Zurverfügungstellung von Geldern sei dies eine Demontage des Vereins.

Vorsitzender gibt den Hinweis, dass es sich am heutigen Tage nicht um eine Beschlussvorlage, sondern zunächst um eine Informationsvorlage handele, deren Diskussion heute nachverfolgt werden könne.

Herr Möller verstehe die Sorgen, bestätigt aber ebenfalls, dass eine Prozessphase mit inhaltlicher Ausarbeitung erst beginne. Die Integrationsarbeit werde nicht verloren gehen. Es gehe um die Finanzierung der Sozialarbeit und eine weite Forderung eines Netzwerks.

Christine Seilbert, Schulsozialarbeiterin der Lindenschule, möchte wissen, warum die Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Ehrenamtlichen des Jugendwagons in Frage gestellt werde. Die Unmengen von Projekten und die Ehrenamtlichen, die ihre Freizeit für Jugendarbeit opfern, haben Vorbildfunktion und verdienen höchste Unterstützung.

Dagmar Feller, eine Ehrenamtliche, bezieht sich in ihren Grundaussagen inhaltlich auf die vorherigen Wortmeldungen und teilt die Angst, dass die Ansprechpartner vor Ort nicht mehr anzutreffen sein werden und eine Zersplitterung stattfinde.

Vorsitzender erläutert, dass die Art und Weise der Fortführung der Jugendarbeit noch weiter diskutiert werde und das Netz der Ehrenamtlichen nicht zerschlagen, sondern gestärkt werden soll. Damit beendet er die Einwohnerfragestunde.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 13.02.2017

Das Protokoll zur Sitzung vom 13.02.2017 wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Herr Dreier begrüßt alle Anwesenden und berichtet wie folgt:

1. 1. Mai Veranstaltung am Weberhaus

Die Landjugend Oldendorf hat auch in diesem Jahr am 1. Mai am Weberhaus die 1. Mai-Veranstaltung ausgerichtet.

Aus Sicht aller Beteiligten (LJ Oldendorf, Polizei, Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehr, Diakonisches Werkes, Caritasverband) verlief die Veranstaltung ohne größere Probleme.

Ohne die genannten Beteiligten ist eine solche Veranstaltung nicht möglich - daher gilt der Dank allen Beteiligten, die diese Veranstaltung organisiert bzw. begleitet haben. Es hat sich auch dieses Jahr deutlich gezeigt, dass sich das gemeinsam abgestimmte Konzept bewährt hat.

2. Jugend- und Kulturzentrum Altes Stahlwerk

Das Jugend- und Kulturzentrum Altes Stahlwerk ist wie geplant, im Mai 2017 an die Bruchstraße (ehemaliges RWE-Gebäude) umgezogen.

3. 2. Meller Jugendkonferenz

Am 13. Juni 2017 findet die 2. Meller Jugendkonferenz statt. Um möglichst viele Jugendliche zu erreichen, haben Mitglieder des Jugendparlamentes, Herr Wesselmann und Frau Werges die weiterführenden Schulen besucht und die Schüler/innen zu der Veranstaltung eingeladen. Die Jugendlichen haben zudem die Möglichkeit ihre Wunschthemen für die Veranstaltung über eine Internetseite zu benennen.

4. Ferienpass

In der Zeit vom 22. Juni bis 2. August 2017 finden die bewährten Ferienangebote statt. Nur durch Unterstützung von rund 70 Vereinen und Verbänden, Privatpersonen und Institutionen ist es möglich, diese Ferienangebote für alle Kinder im Alter von 6 – 16 Jahren anzubieten. Daher geht der Dank an dieser Stelle an alle Veranstalter sowie Sponsoren, die den Ferienpass finanziell unterstützen.

5. Wahl Jugendparlament

Die Wahl zum 2. Jugendparlament findet vom 16. bis 20 Oktober dieses Jahres statt. Alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren werden diesen Monat angeschrieben um auf die Möglichkeit einer Kandidatur hinzuweisen.

Herr Kugler informiert über die anstehenden voraussichtlichen Änderungen im Unterhaltsvorschussgesetz und den damit einhergehenden erheblichen Anstieg von Anträgen auf Unterhaltsvorschuss. Die Stadt Melle sei in der Personalplanung vorbereitet und werde die Herausforderungen annehmen können. Den detaillierten Sozialbericht werde er im Tagesordnungspunkt 11 vorstellen.

Vorsitzender dankt für den Bericht.

TOP 7 Vorstellung Stadtjugendring Melle e.V.

Herr Käthner, Geschäftsführer des Stadtjugendrings Melle e.V., stellt anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation den Verein von vor.

Vorsitzender dankt für die Präsentation und erkundigt sich, wie die Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament in Bezug auf die Mitwirkung an der Sitzung verläuft. Herr Käthner stellt dar, dass das Jugendparlament die Interessen der Jugendlichen und der Stadtjugendring vorwiegend die Interessen von Jugendgruppen, -verbänden und -initiativen aus Melle vertritt. Hier soll die Zusammenarbeit intensiviert werden.

TOP 8 Konzept der Jugendarbeit Vorlage: 2017/0120

Frau Werges erläutert die Informationsvorlage anhand der dem Protokoll angehängten Präsentation und gibt einen kleinen Überblick über das Konzept.

Herr Wesselmann ergänzt, dass das Jugendzentrum hauptsächlich in Melle-Mitte, aber auch in Netzwerken organisiert ist. Im Rahmen einer gegenseitigen Unterstützung sollen die integrierten Netzwerke in den Stadtteilen ebenfalls vom gesamtstädtischen Konzept profitieren.

Vorsitzender dankt für die Vorstellung des Entwicklungsstandes des Konzepts und gibt die Möglichkeit, Äußerungen abzugeben.

Auf Nachfrage erläutert Herr Dreier die Bedeutung des CTC. Dies sei ein Programm des Landespräventionsrates, an dem die Stadt Melle beteiligt ist. Dieses Programm habe zum Ziel, Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Präventionsaktivitäten im Bereich der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zielgenauer, wirksamer und im Erfolg überprüfbar zu machen.

Herr Spiekermann, als Vertreter von Frau Thöle-Ehlhardt, die zu der Thematik befangen sei, sei verärgert darüber, dass die Beschlüsse von der Politik von der Verwaltung ignoriert werden. Im Februar 2016 wurde der Beschluss im Verwaltungsausschuss gefasst, dass das Konzept der offenen Jugendarbeit evaluiert und die Ergebnisse bis Ende 2016 den Ratsgremien vorgestellt werden sollen. Diese Vorstellung sei unterblieben. In der Vorlage zur Zentralisierung der Jugendarbeit sei nicht nachzuvollziehen, aus welchem Grund von bewährten Strukturen abgewichen werden soll. Sinnvoll sei, dass offene Jugendarbeit dezentral laufe. Die Stadtteile seien in dem Konzept nicht gleichberechtigt, weil Bedürfnisse nur durch örtliche Konzepte mit zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten und Ehrenamtlichen gut gedeckt werden können, weil diese die Problemlagen kennen. Eine gute Vertretung der Jugendlichen aus der Ferne sei nicht möglich. Das vorgestellte Konzept sei nicht ausgewogen und müsse noch generalüberholt werden.

Frau Wendelin-Feindt äußert sich schockiert über die im Raum stehenden Gerüchte, dass versucht werden soll, die Sozialarbeit in den Stadtteilen zu zerstören. Sie erklärt, dass Gleichbehandlung aller Stadtteile nicht so verstanden werden soll, dass in jedem Stadtteil die gleiche Bedarfslage bestehe. In ihrem Stadtteil sei auch ein Verein zum Ruhen gebracht worden, weil er zum derzeitigen Zeitpunkt nicht gebraucht werde. Aber er könne jederzeit wieder aktiv werden, wenn Jugendliche nicht in kirchlichen Gruppen oder dem WTV tätig sein wollen. Sie sieht das Konzept mit der Steuerung einer zentralen Stelle als gut und wichtig zur Stabilisierung und als Beitrag für die Nachhaltigkeit der Jugendarbeit an. Auch in Bezug auf den Stellenausbau betont sie, dass früher dafür gekämpft wurde, dass die Stadt Sozialarbeiter in Schulen einstellt / einbindet. Der Hinweis einer fehlenden Evaluierung sei jedoch gut, heute bestehe nun die Möglichkeit sich einzubringen.

Frau Dettmann spricht großen Dank an die Fördervereine aus, die gute Arbeit in den Stadtteilen leisten. Die Informationsvorlage stelle einen guten Einstieg in die Diskussion dar. Sie erinnert, dass bereits in der letzten Wahlperiode ein neues Konzept der offenen Jugendarbeit gefordert wurde und dies 2001 angelaufen sei. Dieses habe sie auch nicht so verstanden, dass die Vereine geschlossen / abgeschafft werden sollen. Sie bedauere, dass die Fördervereine nicht ausreichend einbezogen wurden, dies könne in der Zukunft mehr erfolgen.

Ziel sei die Einrichtung einer sicheren, tarifgebundenen und eventuell unbefristeten Stelle, die im Vergleich zu einer Einstellung durch einen Verein eine Chance auf Verlässlichkeit habe. Aber es bedürfe noch Nachbesserungen im Bereich der Vernetzung, denn ein Zusammenspiel zwischen Ehren- und Hauptamt sei wichtig. Ziel sei auch die Entlastung und Arbeitserleichterung der Ehrenamtlichen und dass gegenseitig die Ideen des anderen eingesetzt werden, und nicht dass Stunden gekürzt werden. Aus Sicht der Fraktion werde das, was bereits in Buer und Neuenkirchen existiert, auch weiter unterstützt. Neu entstehende Bedarfe seien ebenfalls zu berücksichtigen.

Für Herrn Tönsing habe das Konzept ebenfalls seine Berechtigung und auch die Initiativen vor Ort werden von der Politik gehört. Er wisse, dass im sozialen Bereich die zur Verfügung

stehenden Mittel nicht üppig seien und daher ressourcenorientiert einzusetzen sind. Heute gehe es um die Optimierung der Qualität des Arbeitseinsatzes, die hohe Fachlichkeit in der Begleitung des Ehrenamts und die Stärkung der Initiativen. Die Leitung des Jugend- und Kulturzentrums stelle eine gute Verwaltung der Ressourcen dar.

Herr Schulke gibt Herrn Spiekermann Recht, dass es Schwächen bei der Umsetzung des Beschlusses gab. Er ist der Ansicht, dass die Vorteile der Vernetzung sowie Zentralisierung wie die Erleichterung bei der Verwaltung des Personals gesehen werden solle. Zu Anfang der Sitzung sei es falsch rübergekommen, dass bestehende Strukturen, Orte / Treffpunkte zerstört werden sollen. Es werden weder Geld noch Stellen weggenommen. Jugendarbeit solle auch weiterhin nach Bedarf eingesetzt werden, eventuell nur in andere Strukturen eingebettet werden. Das Konzept sei weiterzuentwickeln.

Herr Käthner findet die zentrale Steuerung der Sozialarbeit prinzipiell gut, aber nimmt die Bedenken der Gäste auf, dass die Sozialarbeiter vor Ort für die bestehenden Aufgaben keine Zeit mehr haben, wenn woanders ein Bedarf entsteht. Er möchte wissen, wie die Zahl von 19,5 Stunden zustande gekommen ist und wenn der Bedarf explodieren sollte, ob die Stunden aufgestockt und die Zeit aufgefangen wird.

Herr Dreier merkt an, dass das Konzept zwar nicht mit den Vereinen erstellt wurde, aber widerspricht den Aussagen, dass die Vereine in der Vorgehensweise nicht beteiligt wurden. Zunächst habe sich die Verwaltung eigene Gedanken über diesen „Paradigmenwechsel“ im Bereich der offenen Jugendarbeit gemacht. Da die vorgesehenen Änderungen von nicht unerheblicher Bedeutung sind, wurde zunächst mit der Politik diskutiert, ob sie sich diese grundsätzlich vorstellen können. Anschließend wurden dann die Vereine eingebunden und die Bedenken auch angehört. Er antwortet auf die Frage von Herrn Käthner, dass neu entstehende Bedarfe zunächst durch Aufteilung der vorhandenen Ressourcen / Jugendpower 2000plus-Mittel abzudecken seien. Diesbezüglich gebe es zwischen beiden Systemen keinen Unterschied.

Frau Werges erläutert, dass der Bedarf durch Abfragen der Fördervereine und des Jugend- und Kulturzentrums hinsichtlich der Öffnungszeiten ermittelt wurde und so die dafür ausreichende Stundenzahl ermittelt wurde.

Herr Möller entgegnet auf die Aussage von Herrn Spiekermann, dass lediglich ein Absatz des Beschlusses aus 2016 zitiert wurde und nicht gesehen werde, dass die Evaluation gerade in dieser Sitzung durchgeführt werde.

Frau Buermeyer hebt hervor, dass das Einbringen von bestehenden Konzepten der Fördervereine für die Akzeptanz in den gesamten Ortsteilen für das Konzept essentiell sei. Die Bindung der Ressourcen sei jedoch noch nicht zufriedenstellend dargestellt. Durch die Attraktivität einer öffentlichen unbefristeten Stelle sieht sie den Vorteil, längerfristige Kontinuität in die pädagogische Arbeit zu bringen. Nachzubessern sei die Zusammenarbeit mit den Fördervereinen. Diese sei auch bei der Personalauswahl und dem Stundenumfang wichtig. Sie setzt auf eine konstruktive Besserung des Konzepts.

Herr Spiekermann weist darauf hin, dass in Buer eine befristete Stelle existiere aufgrund der von der Politik vorgegebenen Voraussetzung, dass Fördermittel von „Jugendpower 2000plus“ weiter bewilligt werden. Er ist der Meinung, dass eine halbe Stelle nicht viel sei und eine Personalverantwortlichkeit vor Ort besser für das Anwerben von Personal sei. Diese Chance würde durch die Zentralisierung genommen. Diese berechtigte Angst könne nicht genommen werden.

Frau Wendelin-Feindt betont, dass die Stadt Melle aufsatteln und eine halbe Stelle finanzieren wolle, was den guten Willen der Stadt darstelle und nicht negativ gesehen werden könne.

Vorsitzender schließt sich dem an, dass dies eine zusätzliche Investition neben den „Jugendpower 2000plus-Mitteln“ sei. Er dankt für die arbeitsreiche Vorlage, an die gut angesetzt werden könne. Der Bearbeitungsprozess des Konzepts sei nicht zu Ende und werde sicher auch noch in der nächsten Sitzung nicht beendet. Eine Weiterentwicklung werde erfolgen.

TOP 9 Antrag Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. Vorlage: 2017/0118

Frau Thöle-Ehrhardt stellt anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation den Verein Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. mit seinen Aufgaben, die aus Mitteln der halben Stelle geleistet werden, vor. 90 % der Tätigkeiten werden von Ehrenamtlichen geleistet, weil eine halbe Stelle dies nicht auffangen könne. Sie betont, dass derzeit bereits sehr viel Netzwerkarbeit geleistet werde, durch Fortbildung die geballte Fachkompetenz mit Auszeichnungen im Jugendhaus liege und sie in der Zentralisierung beim Jugend- und Kulturzentrum eine Degradierung sehe. Veränderungen in der Struktur haben große Auswirkungen auf die aufgebaute Netzwerkarbeit. Eigenes qualifiziertes Personal sei sehr wichtig sowie ein funktionierendes Team für eine engagierte Ehrenamtsarbeit. Sie habe große Sorgen, dass die aktuellen Planungen den Tod für die Vereine darstellen.

Vorsitzender stellt den gestellten Antrag zur Diskussion.

Herr Dreier stellt die Beschlussvorlage vor.

Frau Wendelin-Feindt schließt sich im Namen der CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag an. Durch die Zustimmung für 2,5 Jahre finde eine Anerkennung statt und der Wille werde deutlich, dass die Arbeit fortgesetzt werden solle. Für einen Zeitraum von fünf Jahren gab es Bedenken. Sie empfiehlt weiter, das Jugendparlament für die geplante Umstrukturierung einzubeziehen. Als guten Kompromiss könne sie sich ebenfalls vorstellen, dass eine Sozialkraft von der Stadt Melle übernommen werde.

Frau Dettmann schließt sich im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls dem Beschlussvorschlag an. Nun müsse in Dialog mit den gleichwertigen Partnern gegangen werden. Ein Beschluss einer langen Bindung und ein eventuell späteres erforderliches Rückrudern wären im Vergleich kontraproduktiv. Außerdem geht sie darauf ein, dass die Tarifbezahlung ein wichtiges Signal sei und Gehaltseinbrüche verhindert werden.

Frau Buermeyer ist sich sicher, dass sich die Stadtteile aktiv in die weitere Konzeptgestaltung einbringen werden und dies zu einem guten Ergebnis führen werde. Sie geht davon aus, dass die Gestaltung des Arbeitsplatzes mit diesem Stundenkontingent weitergeführt werden könne.

Herr Spiekermann ist aufgrund der kurzfristigen Planung und der befürchteten Einbußen gegen den Vorschlag. Bereits nach mehreren Anträgen werde eine längerfristige Planung nicht gewährleistet.

Vorsitzender fasst zusammen, dass der Beschlussvorschlag ein Kompromiss sei, der das Machbare mit den Wünschen verbinde und 2,5 Jahre eine lange Zeit sei, bis die Prozesse für das Jugend- und Kulturzentrum evaluiert werden.

Der Ausschuss empfiehlt mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgende

Beschlussvorlage:

Der beantragten Förderung des Netzwerk Jugendhaus Buer e.V. für eine ½ Sozialarbeiterstelle am Jugendwagon für die Jahre 2018 bis 2019 wird bei entsprechender Qualifikation des Stelleninhabers zugestimmt.

Diese Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Jugendpowermittel vom Landkreis Osnabrück und die städtischen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

TOP 10 Schüler in die Kommunalpolitik Vorlage: 2017/0121

Frau Dettmann führt aus, dass sie sich freut, dass das Konzept „Schüler in der Kommunalpolitik“ auf den Weg gebracht wurde und die Schulen beteiligt werden. Die SPD-Fraktion befürwortet den Beschlussvorschlag und werde das Projekt aktiv begleiten.

Herr Stakowski stellt dar, dass der Entschluss für das Jugendparlament gut war und auch dieses Konzept ein wichtiges Zeichen darstelle. Auch seien sich die Politiker über die Fraktionsgrenzen einig, dass die Patenschaften eine gute Gelegenheit darstellen, die Politik von einer anderen Seite mitzubekommen.

Frau Buermeyer befürwortet ebenfalls im Namen der Fraktion den Beschlussvorschlag. So habe sie Hoffnung, dass das Interesse der Schüler an der Kommunalpolitik geweckt werde.

Frau Wendelin-Feindt ergänzt, ein Vorteil sei, dass dadurch auch die geleistete Arbeit reflektiert werde. Sie bittet darum, dass sich alle Ratsmitglieder an dem Projekt beteiligen.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag

Das vom Jugendparlament erarbeitete Konzept „Schüler in die Kommunalpolitik“ wird in der Stadt Melle eingeführt. Die Umsetzung erfolgt erstmalig zum Schuljahr 2017/2018.

TOP 11 Sozialbericht der Stadt Melle für 2016 Vorlage: 2017/0130

Herr Kugler erläutert die Informationsvorlage anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation. Zu der Entwicklung der Flüchtlingszahlen bemerkt er, dass laut Einwohnermeldedaten 1 % mehr Ausländer in Melle leben und auch die Zahl der ausländischen Arbeitslosen gestiegen sei. Auffällig sei, dass sich im Verlauf die Nationen

geändert hätten. Zu Anfang gab es mehr Flüchtlinge aus den arabischen Ländern, wobei in letzter Zeit nun vermehrt Flüchtlinge aus Afrika zugewiesen wurden. Die Befürchtung vor vielen allein reisenden Männern habe sich nicht bestätigt, es seien vermehrt Familien und auch allein reisende Frauen in der Stadt Melle. Die Flüchtlingswelle wurde durch die zentralen und sehr gut betreuten Unterkünfte erfolgreich bewältigt. Bis auf wenige Ausnahmen gab es keine Auffälligkeiten in der Presse.

Er informiert, dass die Zahl der alleinerziehenden Leistungsempfänger nach dem SGB II zurückgegangen sei. Die Betreuungsmaßnahmen des städtischen Familienbüros scheinen erfolgreich zu sein.

Frau Buermeyer bemängelt, dass es bei den SGB II-Leistungsempfängern mathematische Differenzen gäbe und wünscht eine Differenzierung von Personen unter 6 Jahre, sowie von 6 bis 15 Jahren, die sehr hilfreich wäre.

Herr Kugler erwidert, dass er auf die Zahlen des Jobcenters angewiesen sei und keinen Einfluss darauf habe, welche Daten dort erfasst werden.

Vorsitzender dankt für die Arbeit und die gute Grundlage für eine Diskussion. Er verstehe, dass es in verschiedenen Behörden unterschiedliche Zählweisen gäbe.

Herr Schulke bedankt sich ebenfalls für den Überblick und weist darauf hin, dass die Menschen am Rand der Gesellschaft immer im Auge behalten werden müssen. Er lobt vor allem die gute Zusammenarbeit der Stadt mit den Wohlfahrtsverbänden.

Herr Linnemann-Grundmann äußert sich ebenfalls zur Flüchtlingskrise, die nicht aus dem Blick verloren werden dürfe.

Frau Wendelin-Feindt betont, dass das Sozialsystem zusammenbrechen würde, wenn jeder Hilfe in Anspruch nehmen würde und erinnert, dass auch viele Menschen sehr eigenständig ihren Lebensunterhalt sichern.

Frau Dettmann bestätigt, dass der Subsidiaritätsgrundsatz sehr deutlich werde und die Wohlfahrtsverbände und Ehrenamtlichen große Arbeit leisten.

Frau Buermeyer ist der Ansicht, dass die Teilhabe in Buer noch verbessert werden könnte, damit sich jeder, der Hilfe benötigt, sich auch melden dürfe.

TOP 12 Wünsche und Anregungen

Es werden keine Wünsche oder Anregungen vorgetragen.

31.07.2017 gez. H. C. Grube

31.07.2017 gez. A. Dreier

02.08.2017 gez. K. Stobbe

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)